

Name	
Anschrift	
Ansprechpartner/in	
Tel.Nr.	E-Mail-Adresse
Bankverbindung:	
Konto/IBAN:	
BLZ/BIC:	

An:

Ortsamt Mitte / Östliche Vorstadt
Am Dobben 91
28203 Bremen

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

- Antrag an den Beirat Mitte
- Antrag an den Beirat Östliche Vorstadt
- Gemeinsamer Antrag an die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt

Kurzbezeichnung / Art der Maßnahme

--

Inhaltliche Beschreibung der Maßnahme (ggf. gesondertes Blatt verwenden)

Ort der Maßnahme (genaue Anschrift)

Worin besteht das Interesse der Stadt Bremen an der Umsetzung der Maßnahme? (ggf. gesondertes Blatt verwenden)

Maßnahmenbeginn:

Maßnahmenende:

--	--

Ausgaben und Finanzierung

Ausgaben (Positionen einzeln auflühren)

Betrag €

Gesamtausgaben €

--

Einnahmen

Betrag €

Eigenmittel	
Spenden	
Kostenübernahme Dritter	
Sonstiges	

Gesamteinnahmen €

--

Antragssumme €

--

Wurden für o.a. Maßnahme bei anderen Stellen weitere Mittel beantragt?

Nein

Ja

Wenn ja, bei welchen Trägern, Behörden etc. und in welcher Höhe?
(ggf. Bereits zugesagte Mittel und deren Höhe kennzeichnen)

Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen

Nein

Ja

Wenn ja, Begründung und sofortige Kontaktaufnahme mit dem Ortsamt

--

Welche Folgeausgaben sind zu erwarten?

Ist der Maßnahmeträger zum Vorsteuerabzug berechtigt?

nein

ja

Wenn ja, Umsatzsteuer-ID:

--

Vereinssatzung (nur für eingetragene Vereine)

liegt Ihnen bereits aufgrund einer früheren Förderung vor

ist in der Anlage beigefügt.

Beschäftigt der Maßnahmeträger (**maßnahmeunabhängig**) Personal?

nein

ja

Wenn ja, ist das Landesmindestlohngesetz zu beachten:

„Nach dem am 01.09.2012 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetz gewähren die Freie Hansestadt Bremen und die Gemeinden Bremen und Bremerhaven sowie Einrichtungen im Sinne von § 4 Landesmindestlohngesetz Zuwendungen gem. § 23 LHO nur, wenn sich die Empfänger/innen verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn – zurzeit ein Entgelt von 12,00 € (brutto) pro Stunde – zu zahlen.

Dementsprechend verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens ein Entgelt von 12,00 € (brutto) je Zeitstunde zu zahlen.

Soweit zutreffend:

In meinem/unseren Unternehmen kommt ein Tarifvertrag zur Anwendung, und zwar:
.....“

Mit der Antragstellung wird einer öffentlichen Behandlung des Antrages zugestimmt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbots erforderlich ist – vgl. Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e und Absatz 3 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgrundverordnung – DSGVO – in Verbindung mit § 3 Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutzgrundverordnung – BremDSGVOAG.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 2 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft veröffentlicht werden können und das Zuwendungsdaten aufgrund § 11 Absatz 4 Ziffer 5 des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes – BremIFG – im Transparenzprotal veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Vorlagen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht.

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragstellers/in